

Wir brauchen klimafreundlichen Humanismus, statt inhumanem Klimatismus

Welt, 16.07.2022, Axel Bojanowski

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus239934273/Extremwetter-Wir-brauchen-klimafreundlichen-Humanismus-statt-inhumanem-Klimatismus.html>

Außerhalb Deutschlands haben Menschen gelernt, sich gegen Hochwasser zu wappnen. Trotz globaler Erwärmung sind sowohl Sturzfluten als auch Flusshochwasser global weniger gefährlich als früher. In Deutschland aber endet fast jedes Unwetter im Desaster.

Die Katastrophe wird wieder passieren. Dafür haben Politiker und Medien gesorgt, welche die wahren Ursachen der Flut in Westdeutschland vor einem Jahr verleugnen und den Klimawandel verantwortlich machen.

Dabei ist die Wissenschaft eindeutig: Die Überschwemmungen in Ahrtal und Umgebung Mitte Juli vergangenen Jahres haben neben geografischen und geologischen Ursachen ihre Gründe in mangelndem Katastrophenschutz.

Der Deutsche Wetterdienst und Klimaforscher hatten nach dem Desaster festgestellt: Die globale Erwärmung mache derartige Starkregen wahrscheinlicher. Aber die Regenmengen, die vor einem Jahr zur Flutkatastrophe führten, fielen nicht aus dem Rahmen, sie wurden in Deutschland immer mal übertroffen.

Das Risiko war bekannt: Die gleiche Region war in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder von ähnlich katastrophalen Überschwemmungen heimgesucht worden. Ein gut organisiertes Land hätte auf die Regenmengen vorbereitet sein müssen.

In Deutschland endet fast jedes Unwetter im Desaster

Außerhalb Deutschlands haben Menschen gelernt, sich gegen Hochwasser zu wappnen, auch in armen Ländern. Trotz globaler Erwärmung sind sowohl Sturzfluten als auch Flusshochwasser global weniger gefährlich als früher. Bezogen auf die zunehmende Bevölkerung, richten Regenfluten weltweit immer weniger Schaden an. Der UN-Klimarat stellt fest: „Stärkerer Regen bedeutet nicht immer stärkere Fluten.“ Andere Faktoren hätten größeren Einfluss.

In Deutschland aber, wo Extremwetter so selten ist wie kaum irgendwo sonst, endet fast jedes Unwetter im Desaster. „Das Ausmaß dieser Katastrophe konnte so niemand voraussehen“, sagte die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) diese Woche in den „Tagesthemen“ anlässlich des ersten Jahrestags der tödlichen Überschwemmungen in ihrem Bundesland. Einen Grund, sich für das Krisenmanagement zu entschuldigen, sehe sie nicht. Das sind skandalöse Aussagen.

Die Politikerin, verantwortlich für den Katastrophenschutz im Ahrtal, erhält Absolution: Als „Deutschlands Klimaflüchtlinge“ bezeichnete die „Zeit“ gerade die Opfer der Flutkatastrophe von vor einem Jahr. Eine ignorante Verhöhnung der Opfer und ein Freispruch für die Verantwortlichen. Niemand im Ahrtal und Umgebung hätte Schaden nehmen müssen, wenn deutsche Politiker und Medien in Unwettern nicht traditionell höhere Gewalt sehen würden, sondern korrekterweise: politisches Versagen. Eine Regel der Klimadebatte lautet zugespitzt: Je feuriger die

Fernstenliebe wegen Klimarisiken, desto kälter die Nächstenliebe wegen Wetterrisiken.

Erhöhtes Risiko bedeutet nicht zwingend mehr Katastrophen

Gleichwohl: Auch die Sorge vor den Folgen der fortschreitenden Erwärmung ist berechtigt. Aktuelle Szenarien der Klimaforschung zufolge muss die Menschheit mit weiteren zwei Grad Erwärmung bis Ende des Jahrhunderts rechnen, was vielerorts Wetterrisiken erhöhen dürfte. Seit Jahrzehnten mahnen Wissenschaftler, den Treibhausgasausstoß zu drosseln, doch der Bedarf an billiger Energie aus Kohle, Öl und Gas ist groß.

Manche Risiken haben sich bereits erhöht. Der Klimawandel sorgt in einigen Regionen für größere Hitze, für mehr Starkregen und zunehmend für Waldbrandwetter. Erhöhtes Risiko aber bedeutet nicht zwingend mehr Katastrophen – möglich ist sogar das Gegenteil: Der weltweite Trend ist bei Waldbränden seit Jahrzehnten rückläufig, trotz globaler Erwärmung. Menschen haben gelernt, sich besser gegen die Feuer zu wappnen.

Auch Hitze, die unweigerlich zu einem noch größeren Risiko werden wird im Zuge des Klimawandels, muss nicht hingenommen werden. In den USA beispielsweise sinkt die Zahl der Hitzetoten seit Jahrzehnten. Bei vollständiger Anpassung ans Hitzerrisiko wäre die Klimawandel-Sterblichkeit Null, schreibt die Weltgesundheitsorganisation WHO. Arme Länder benötigten mehr Wohlstand und billige Energie, um die von Hitze bedrohte Bevölkerung mit Klimaanlage zu schützen zu können.

Der Trend ist positiv: Die Welt wird wohlhabender, Städte wachsen, gleichzeitig zerstören Wetterkatastrophen einen kleineren Anteil davon, bilanzierte eine Studie im Fachblatt „The Lancet“. Der Trend gelte sowohl für reiche Länder, deutlicher noch für arme.

Das Risiko, bei Extremwetter zu sterben, hat sich verringert

Besonders beachtlich ist die positive Entwicklung bei den Opferzahlen: Weniger als ein Zehntel so viel Menschen wie vor hundert Jahren kommen aufgrund von Extremwetter ums Leben – und das, obwohl sich die Weltbevölkerung seither fast vervierfacht hat. Das Risiko für Menschen, bei Extremwetter zu sterben, hat sich extrem verringert.

Mit Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel ließen sich unmittelbar Menschenleben retten, in jeder Hitzewelle, bei Überschwemmungen oder Dürren. Wer jedoch auf die Effektivität der Maßnahmen hinweist, wird von Wortführern der Klimadebatte in das Lager der sogenannten „Klimaleugner“ gesteckt.

Als „eine Art Faulheit“ bezeichnete der amerikanische Klimaschutz-Vorkämpfer und Präsidentschaftskandidat der Demokratischen Partei, Al Gore, vor 30 Jahren den Einsatz für Anpassungsmaßnahmen. Er setzte den Ton. Das Wort Anpassung gehöre zur Strategie der Verzögerung von Maßnahmen zur Einschränkung des CO₂-Ausstoßes, schrieb der einflussreiche Klimatologe Michael Mann gerade. „Wir können uns nicht anpassen, die Veränderungen sind zu groß“, behauptet die ebenfalls bekannte Klimatologin Katharine Hayhoe.

Lange blieb diese Apodiktik kaum widersprochen, allzu groß war das Risiko auch für Wissenschaftler, als Verharmloser der globalen Erwärmung diskreditiert zu werden. Der Welt-Klimarat hatte zwar bereits 1996 festgestellt, dass Anpassung eine „sehr machtvolle Option“ sei, auf den Klimawandel zu reagieren, doch das war eine Ausnahme. Anpassungsmöglichkeiten an Wettergefahren diskutiert der Klimarat als Kostenfaktor, während er bei der angestrebten CO₂-Minderung vorwiegend den Nutzen im Auge hat.

Anpassung an Wetterextreme

Mittlerweile aber mehren sich Stimmen aus der Forschung für besseren Schutz. Die Menschheit müsse ihren Fokus stärker auf Anpassung an Wetterextreme richten, sagte im März der Direktor des Max-Planck-Instituts für Meteorologie, Jochem Marotzke. Auf diesem Gebiet müsse auch im politischen Diskurs mehr geschehen. „Es ist bisher viel attraktiver zu fordern, den Klimawandel aufzuhalten, als sich an ihn anzupassen“, bemängelt Marotzke im Interview mit der Südwestpresse.

Der Vize-Direktor des Breakthrough Instituts für Umweltforschung, Alex Trembath, resümierte unlängst auf Twitter: „Ich finde die anhaltende, lautstarke Skepsis vieler prominenter Klimawissenschaftler gegenüber Klimaanpassung merkwürdig“. „Es ist nicht merkwürdig“, antwortete der Klimaökonom Richard Tol lakonisch: „Anpassung verringert die Bedeutung von Klimawissenschaftlern.“

Seine Lakonie verwies auf den zentralen Punkt der Debatte: Es geht um Macht. Die Lenkung des Fokus auf Anpassungsmaßnahmen würde die Diskurshoheit in Richtung von Ingenieuren, Technikern und anderen Pragmatikern verschieben. Und während die CO₂-Politik den Vereinten Nationen und Regierungen Handlungshebel zuspricht, müssten sie in Sachen Anpassung Lokalpolitikern die Hoheit überlassen.

Klima-Reduktionismus verspricht Handlungsmacht

Die Behauptung, mit dem CO₂-Ausstoß über das Wohl der Menschheit entscheiden zu können, macht Klimapolitik zu einem beliebten Thema von Politikern in einer ansonsten allzu komplexen Welt. Der Klima-Reduktionismus verspricht Handlungsmacht. Klimaszenarien geben Auskunft über die Entwicklung von Ökonomie, Gesundheit, Umwelt und anderer Lebensbereiche. Doch der Klimadeterminismus unterschlägt, dass Wetter und Klima auf allen Gebieten nur einen untergeordneten Einfluss haben.

Politiker und Medien berufen sich gerne auf die sogenannte Attributionsforschung, die Wetterereignisse dem Klimawandel zuordnen will. Schlagzeilen nach der Flutkatastrophe lauteten sinngemäß: „Klimawandel Schuld an Flut“ – dabei zeigen die Rechnungen lediglich, ob Wetterphänomene im Zuge des Klimawandels wahrscheinlicher werden könnten.

Einer führenden Attributionsforscherin wurde es nun zu viel. Zusammen mit zwei Kollegen forderte sie in einem Aufsatz im Wissenschaftsmagazin „Communications Earth & Environment“ im Frühjahr: „Hört auf, das Klima für Katastrophen verantwortlich zu machen.“

Katastrophen entstünden, wenn Naturgefahren auf die Anfälligkeit einer Siedlung träfen: „Häufig bestimmt der soziale, politische und wirtschaftliche Status die

Auswirkungen“, schreiben die Klimaforscher. Jene Faktoren müssten bekannt sein, um Katastrophen zu lindern. „Die Natur oder das Klima für Katastrophen verantwortlich zu machen, lenkt die Verantwortung ab“, schreiben die Attributionsforscher. In der Folge drohten Mängel nicht diskutiert und nicht behoben zu werden.

Während aber arme Länder wie Bangladesch ihren Wetterschutz massiv verbessert haben, die Opferzahlen bei Stürmen dramatisch gesunken sind, sitzen im wohlhabenden Deutschland kranke Menschen in überhitzten Altersheimen und in unklimateisierten Wartezimmern beim Arzt, während von ihnen verlangt wird, CO₂ einzusparen.

Wenn es nur noch darum geht, ob eine Gesellschaft CO₂ einspart, um einen Beitrag gegen mögliche Wetterrisiken der Zukunft zu leisten, kann das Wohlergehen auf der Strecke bleiben, und der Kampf gegen den Klimawandel wird zum Klimatismus.

Will Europa beispielsweise Afrika, wie gerade geschehen, keine Kredite mehr zur Finanzierung von Erdgas-Exploration geben, obwohl nur billige Energie Menschen aus Armut helfen kann, dann ist das Klimatismus. Obendrein möchte Europa nun angesichts der Energiekrise sogar Erdgas-Lieferungen abzweigen, die eigentlich für Afrika bestimmt waren.

Anpassung ist kein Widerspruch zur CO₂-Minderung

Wenn die Industrie Natur- und Artenschutz ignorieren kann, um lukrative Windkraft-Parks und Solarpanel-Areale in Wälder und Meere zu pflastern, dann ist das Klimatismus. Und wenn der Schutz von Menschenleben nicht zählt, weil angeblich der Klimawandel dafür sorgt, dass man Anwohner von Flüssen nicht schützen konnte, dann ist das Klimatismus.

Es wäre Zeit, Menschenschutz und Klimaschutz zusammen zu planen mit einer Politik des klimafreundlichen Humanismus. Die Vorbereitung auf Wettergefahren bietet den Vorteil, dass sie im lokalen Maßstab leichter durchzusetzen ist als CO₂-Minderung im globalen und dass sie pragmatisch anpassbar ist, je nach Grad der Erwärmung.

Anpassung steht nicht im Widerspruch zur Politik der CO₂-Minderung, beides ist möglich. Es wäre Zeit, den unausweichlichen Klimawandel ernst zu nehmen, auch indem Schutzmaßnahmen getroffen werden.